

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Kreistag
Sitzung Nummer	17/2021-2026
Datum	15.05.2023
Sitzungsbeginn	13:30
Sitzungsende	17:30
Ort	Kreistagssitzungssaal, Karl-Kellner-Ring 51, 35576 Wetzlar

Teilnehmende**Kreistagsvorsitzender**

Volkman, Johannes

Landrat

Schuster, Wolfgang

Erster Kreisbeigeordneter

Esch, Roland

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter

Aurand, Stephan

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter -Dezernent-

Biermann, Andrea

Prof. Dr. Danne, Harald

CDU-Fraktion

Bender, Anna-Lena

Bender, Matthias

Braun, Carsten

Deusing, Kevin

Herr, Christoph Alexander

Hundertmark, Michael

Irmer, Hans-Jürgen

Krämer-Bender, Rabea

Lenzer, Carmen

Müller, Armin

Müller, Jörg Michael
Müller, Leo
Panten, Ingo
Panten, Sascha
Petersen, Nicole
Schäfer, Lisa
Dr. Schönwetter, Tim
Schumacher, Silke
Sommer, Sabine
Steinraths, Daniel
Steinraths, Frank

SPD-Fraktion

Arch, Stefan
Beimborn, Regina
Böcher, Jan Moritz
Breustedt, Michelle
Egler, Beatrix
Engel, Jürgen
Fay, Anja
Grimmer, Andrea
Grüger, Stephan
Hartert, Holger
Inderthal, Frank
Kunz, Cirsten
Lemler, Heinz
Polat, Murat
Dr. Rauber, David
Rauber, Heinz
Schäfer, Mechthild
Schmidt, Ingrid
Scholl, Stefan
Weppler, Elke

Bgo/Die Grünen

Brockhoff, Sebastian
Dworschak, Reiner
Garotti, Dorothea
Green, Emely
Hartmann, Lukas
Krohn, Martin
Klement, Martina
Dr. Marien, Jan
Dr. Rinn, Karin
Dr. Sattler, Daniel
Schelberg, Maria

FWG-Fraktion

Dr. Blöcher-Weil, Johannes
Boch, Dunja
Esch, Gudrun
Fuchs, Hans-Werner
Lefèvre, Christa

Ludwig, Jörg
Peller, Michael
Dr. Viertelhausen, Andreas

AfD-Fraktion

Bellinghausen, Karlheinz
Gottsmann, Thomas
Hermann, Jacqueline Carina
Jakisch, Rudolf Georg
Mulch, Lothar
Niggemann, Andrea
Wagner, Willi

FDP-Fraktion

Benner-Berns, Anna-Lena
Berns, Wolfgang
Dr. Büger, Matthias
Dette, Wolfram

DIE LINKE

Ohnacker, Christiane
Sitte, Kevin
Zborschil, Tim

fraktionslos

Hantusch, Thassilo
Harapat, Dominic

Ehrenamtliche/r Kreisbeigeordnete/r

Bangert, Armin
Benner, Hans
Betz, Karin
Döpp, Ronald
Droß, Steffen
Hardt-El Ansari, Kerstin
Horne, Eberhard
Koch-Rein, Christiane
Müller, Elisabeth
Nickel, Diethelm
Niggemann, Klaus
Zeaiter, Sabrina

Schriftführerin

Klein, Birgit

Stellv. Schriftführerin

Müller, Katja

es fehlt entschuldigt

Ahrens-Dietz, Heike
Hugo, Klaus
Prof. Dr. Silbe, Katja
Zühlsdorf-Michel, Carmen

Wagner, Steffen

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Sitzungsteil A

TOP 1.

Mitteilungen des Kreisausschusses und des Kreistagsvorsitzenden

TOP 2.

Fragestunde

Sitzungsteil B

TOP 3.

Jahresabschluss des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2019
hier: Beschlussfassung und Entlastung des Kreisausschusses
(VL-75/2023)

TOP 4.

Jahresbericht 2022 des Behindertenbeirates
(MI-7/2023)

TOP 5.

Altenhilfeplan 2023
(MI-8/2023)

Sitzungsteil C

TOP 6.

Entwurf der Nachtragshaushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023
hier: Anhörung der Städte und Gemeinden
(MI-9/2023)

TOP 7.

Nachtragshaushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2023 mit Haushaltsplan und
Investitionsprogramm 2022 – 2026
(VL-58/2023)

TOP 8.

Haushaltsführung für das Haushaltsjahr 2022;
Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen im Teilhaushalt der Abteilung 32 Kinder-
und Jugendhilfe
(VL-87/2023)

TOP 9.

Planungskosten Jung-Stilling-Schule
Antrag der CDU-Fraktion vom 26.09.2022
(A-68/2022)

TOP 10.

Beschaffung modularer Wohncontainer als Selbstversorgereinrichtung für Flüchtlinge in Solms;
Inanspruchnahme außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen
(VL-38/2023)

TOP 11.

Unterbringung von Flüchtlingen
Antrag der CDU-Fraktion vom 03.03.2023
(A-20/2023)

TOP 12.

Wahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitglieds im Jugendhilfeausschuss des Lahn-Dill-Kreises
(VL-83/2023)

TOP 13.

Wahl je einer sachkundigen Person als Mitglied und stellvertretendes Mitglied der Frauen- und Gleichstellungskommission auf Vorschlag der AfD-Fraktion

Sitzungsverlauf

Öffentliche Sitzung

Vorsitzender Volkmann (CDU) eröffnet die 17. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Anwesenden.

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Er weist auf die Videoaufzeichnung der Sitzung hin und bittet um Mitteilung, wenn die Aufzeichnung von Redebeiträgen nicht gewünscht werde.

Vorsitzender Volkmann (CDU) bittet den Kreistag, die Tagesordnung der 17. Kreistagssitzung um die nicht bearbeiteten Tagesordnungspunkte der 16. Kreistagssitzung (TOP 12 bis 20) zu erweitern. Sie sollen in der Reihenfolge der 17. Kreistagssitzung als TOP 14 bis 22 behandelt werden. Dies findet auf Nachfrage des **Vorsitzender Volkmann (CDU)** das Einvernehmen des Kreistages.

Vorsitzender Volkmann (CDU) fährt fort, dass aufgrund einer Eingabe im Ältestenrat TOP 3 in Sitzungsteil C verschoben werde (hinter die Beratung des Haushaltes als neuer TOP 9).

Vorsitzender Volkmann (CDU) fragt die Abgeordneten, ob wegen TOP 5 geheime Wahl gewünscht werde. Dies wird seitens der AfD-Fraktion bejaht. Er schlägt vor, TOP 5 mit TOP 13 zu verbinden, damit nur ein Wahlgang durchgeführt werden müsse. Dies findet das Einvernehmen des Kreistages.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht. Sie gilt somit als genehmigt.

Sitzungsteil A

Zu TOP 1.

Mitteilungen des Kreisausschusses und des Kreistagsvorsitzenden

Mitteilungen des Kreisausschusses

Gesundheitskoordination zum Aufbau einer regionalen Gesundheitsstrategie

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand (SPD) informiert über einen Bescheid der Staatssekretärin des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration über eine Förderung einer Personalstelle Gesundheitskoordination zum Aufbau einer regionalen Gesundheitsstrategie im Lahn-Dill-Kreis in einer Gesamthöhe von 225.000 €.

Kreispflegekonferenz

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand (SPD) lädt zur Kreispflegekonferenz am 1. Juni um 10 Uhr im Hause ein.

Präventionsmesse

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand (SPD) lädt zur Präventionsmesse am 5. Juni um 15 Uhr in Ehringshausen ein.

Nachhaltige Entwicklung

Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete Biermann (B90/Die Grünen) teilt mit, dass Bildung der Schlüssel zu einer nachhaltigen Entwicklung sei, denn sie ermögliche den Bürgerinnen und Bürgern, nachhaltige Entscheidungen. Als Modellkommune gehe man als Vorbild voran und habe eine Arbeitsgruppe gebildet, die die zentralen Bereiche Ernährung, Mobilität, Soziales und Kultur, Wirtschaft und Bildung abdecke. Ziel sei die Entwicklung einer kreisweiten BNE-Vision. Weiter plane man die Entwicklung einer Zukunftswerkstatt mit Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Bildung, die zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern die Essenz für die BNE-Vision entwickeln sollten.

Deutsche Aktionstage für Nachhaltigkeit

Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete Biermann (B90/Die Grünen) weist auf die Deutschen Aktionstage für Nachhaltigkeit hin, die vom 18.09.2023 bis 08.10.2023 stattfinden würden. Es gehe darum, das vielfältige gesellschaftliche Engagement in diesem Bereich öffentlich sichtbar zu machen und Menschen zu einem nachhaltigen Handeln zu bewegen. Der Lahn-Dill-Kreis werde sich mit einem Rahmenprogramm von Veranstaltungen beteiligen, die ihr Augenmerk auf das große Engagement lokaler Vereine, Verbände und Organisationen legen würden. In diesen Bereich passende Veranstaltungen von Kommunen könnten gern dazu angemeldet werden (Stabstelle für Klimaschutz, Energiemanagement, Mobilität)

Wirtschaftliche Situation und Arbeitsmarkt

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Prof. Dr. Danne (FDP) berichtet von Beschäftigtenzahlen, die mit über 98.000 auf einem Höchststand liegen würden. Die Zahl der Ausbildungsbewerber nehme weiter ab, während die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen zunehme. In 04/2023 seien noch 520 Jugendliche unversorgt gewesen, die über 1.000 unbesetzten Ausbildungsstellen gegenübergestanden hätten. Die Zahl der Arbeitslosen sei auf 7.700 gestiegen (30 %). Haupttreiber seien der SGB-II-Bereich und der Sondereffekt des russischen Angriffskrieges. Das Wachstum der verarbeitenden Industrie habe im Januar bei 9,8 % gelegen und entspreche dem Wert vor der Pandemie. Die Deutsche Industrie habe nach vorläufigen Angaben des statistischen Bundesamtes im März jedoch deutlich weniger produziert. Die Ursachen könnten länger wirken.

Zukunftswerkstatt

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Prof. Dr. Danne (FDP) teilt mit, dass man am 10. Juli gemeinsam mit dem Hessischen Ministerium für Soziales und der IWAK eine Zukunftswerkstatt veranstalten werde. Es werde um die Erfassung des Standortes hinsichtlich der Rahmenbedingungen gehen, sowie um innovative Impulse für die künftige Entwicklung.

Genehmigung der Schulbezirkssatzung

Erster Kreisbeigeordneter Esch (FWG) teilt mit, dass der vom Kreistag beschlossenen Änderung der Schulbezirkssatzung inzwischen seitens des Staatlichen Schulamt die Genehmigung erteilt worden sei.

Mitteilungen des Kreistagsvorsitzenden

Nachrücker in den Kreistag

Vorsitzender Volkmann (CDU) informiert, dass die Abgeordnete Strehlau ihr Kreistagsmandat auf eigenen Wunsch niedergelegt habe. Für sie rücke Martin Krohn als Abgeordneter der Fraktion Bgo/Die Grünen in den Kreistag nach.

Nachrücker in den Sozialausschuss

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass mit der Niederlegung des Kreistagsmandates die ehemalige Abgeordnete Strehlau auch aus dem Sozialausschuss ausscheide. Für sie rücke der Abgeordnete Krohn für die Fraktion Bgo/Die Grünen in den Sozialausschuss nach.

Verwaltungsstreitverfahren AfD-Fraktion ./ Kreistag des LDK

Vorsitzender Volkmann (CDU) informiert über die anhängige Klage und den anhängigen Antrag auf Einstweilige Anordnung gegen den Kreistag des Lahn-Dill-Kreises wegen:

- Klage: Feststellung, dass der vom Kreistag in der Sitzung am 27.03.2023 gefasste Beschluss zu TOP 10, VL 30/2023 „Bildung von Schulbezirken für die Berufsschule im LDK„ unwirksam ist
- Eilverfahren: Feststellung der vorläufigen Unwirksamkeit und Aussetzung der Umsetzung des Beschlusses.
- Wesentliche Begründung: Verletzung des Rechtes auf umfassende Information und Gleichbehandlung, da die AfD-Fraktion nicht zu einer gemeinsamen Informationsveranstaltung der beruflichen Schulen des LDK eingeladen worden sei.

In Bezug auf die Einstweilige Anordnung sei eine Antragserwiderung durch den ihn selbst als Kreistagsvorsitzenden erfolgt mit dem Begehren, den Antrag auf Einstweilige Anordnung abzulehnen. In Bezug auf die Klage werde man zu gegebener Zeitpunkt reagieren. Zwischenzeitlich seien beide Verfahren wegen Unzuständigkeit an den Hessischen Verwaltungsgerichtshof verwiesen worden. Die Abgeordneten würden über den Gang des Verfahrens auf dem Laufenden gehalten.

Zu TOP 2. Fragestunde

Abgeordneten Mulch (AfD):

„Die WNZ berichtet in ihrer Ausgabe vom 08.05.2023, dass die bisherigen Pläne der Ampel-Koalition zum Heizungstausch die Kommunen nach Berechnungen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes mindestens 8 Mrd. € kosten werden.

135.000 kommunale Gebäude müssten bis 2045 mit einer neuen Heizung ausgestattet werden. Um diese Auflagen zu erfüllen, entstünden Mehrkosten pro Anlage von je 60.000 €, ermittelte der Städte- und Gemeindebund.“

Frage:

„Welche Kosten entstehen für den Lahn-Dill-Kreis, wenn das Gebäudeenergiegesetz in seiner jetzigen Ausgestaltung in Kraft treten sollte?“

Landrat Schuster (SPD) antwortet, dass das Gesetz noch nicht beschlossen worden sei. Da es um 92 Schulen mit 390 Gebäuden gehe, sei die Frage so umfassend, dass sie nicht innerhalb einer Woche beantwortet werden können. Für die Kreishäuser antwortet er, dass man in den Gebäuden B, C, und D in Wetzlar BHKW habe, einen Pellet Kessel und Gaskessel als Unterstützung, falls es im Winter eng werde. Im Neubau werde man Geothermie haben. In der ehemaligen Altenpflegeschule habe man einen Gaskessel. Im Kreishaus 1 - 4 in Dillenburg habe man ebenfalls Gaskessel. Da das Gesetz noch nicht beschlossen worden sei, lägen Informationen über Mehrkosten aktuell nicht vor. Man wisse außerdem nicht, in welcher Zeit das Handwerk alle Wohngebäude und Firmengebäude umrüsten könne. Man werde auf die Frage zurückkommen, wenn Näheres bekannt sei. Auch dann könne man nur eine grobe Schätzung vornehmen.

Sitzungsteil B

Zu TOP 3.

Jahresabschluss des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2019
hier: Beschlussfassung und Entlastung des Kreisausschusses
VL-75/2023

Beschluss:

1.2 Kreistag:

- 1.2.1. Der Kreistag beschließt gem. § 114 Abs. 1 HGO i. V. m. § 52 Abs. 1 HKO den vom Kreisausschuss aufgestellten und als Anlage beigefügten Jahresabschluss des Lahn-Dill-Kreises zum 31. Dezember 2019.
- 1.2.2. Dem Kreisausschuss wird gem. § 114 Abs. 1 HGO i. V. m. § 52 Abs. 1 HKO für das Haushaltsjahr 2019 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

67 Ja-Stimmen (21 CDU, 19 SPD, 11 B90/Die Grünen, 8 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE, 1 fraktionslos)

6 Nein-Stimmen (5 AfD, 1 fraktionslos)

o Enthaltungen

Zu TOP 4.

Jahresbericht 2022 des Behindertenbeirates
MI-7/2023

Inhalt der Mitteilung:

Der Jahresbericht des Behindertenbeirates wird gemäß § 2 Ziffer 3 der Satzung über die Bildung und Aufgaben eines Behindertenbeirates zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 5.

Altenhilfeplan 2023
MI-8/2023

Inhalt der Mitteilung:

Der Altenhilfeplan 2023 wird zur Kenntnis genommen.

Sitzungsteil C

Zu TOP 6.

Entwurf der Nachtragshaushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023

hier: Anhörung der Städte und Gemeinden

MI-9/2023

Inhalt der Mitteilung:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die kreisangehörigen Städte und Gemeinden zum Entwurf des Nachtragshaushalts 2023 keine Stellungnahmen abgegeben haben.

Zu TOP 7.

Nachtragshaushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2023 mit Haushaltsplan und Investitionsprogramm 2022 – 2026

VL-58/2023

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt zunächst das Verfahren vor, auf das sich der Ältestenrat in Bezug auf die Nachtragshaushaltsberatungen geeinigt habe. Er verweist außerdem auf die Aufstellung aller vorliegenden Anträge zum Entwurf des Nachtragshaushalts, die auf den Plätzen verteilt sei. Im Verlauf der Sitzung seien außerdem zwei Änderungsanträge der CDU-Fraktion sowie ein Änderungsantrag der AfD-Fraktion eingereicht worden. Weitere Änderungsanträge bitte er zeitnah vorzulegen.

Abgeordnete Lefe`vre (FWG) berichtet, dass nach intensiver Diskussion sowohl das Investitionsprogramm als auch die Nachtragshaushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises 2023 mehrheitlich beschlossen worden sei.

Abgeordneter Berns (FDP) verweist auf die vorliegenden Ergebnisse der Antragsberatungen. Da die betreffenden Produktgruppen bereits eingehend in den vorherigen Fachausschusssitzungen beraten worden seien, habe der HFWO einmütig auf eine wiederholte Beratung verzichtet. Er hebt die sach- und konsensorientierte Beratungsatmosphäre im HFWO hervor.

Vorsitzender Volkmann (CDU) eröffnet die Haushaltsdebatte.

Abgeordneter Mulch (AfD) bedankt sich bei der Finanzabteilung für ihre engagierte Arbeit. Er lobt zunächst die gute digitale Infrastruktur im gewerblichen Bereich als Standortfaktor. Sie sichere Arbeitsplätze und läge bei Landrat Schuster (SPD) in guten Händen. Auch die Senkung der Umlagesätze um insgesamt 4,1 % bewertet er positiv. Man verzichte jedoch nur auf eine Umlagen Erhöhung, weil man den Haushaltsausgleich durch ungebundene Liquidität sicherstellen könne. Es sei fraglich, wie lange dies noch so gehe. Zum Personalapparat führt er aus, dass dieser um weitere 36 Stellen aufgebläht werde. Er spricht sich daher grundsätzlich gegen einen Doppelhaushalt aus. Er bemängelt außerdem, dass keine weiteren Stellen in der Zulassungsstelle geplant seien, wo terminliche Engpässe herrschten. Stattdessen würden Stellen in den Bereichen Zuwanderung, Integration und Ausländerangelegenheiten geschaffen. In Sachen Schulträgerschaft spricht er sich für wohnortnahe Berufsschulen aus und kritisiert die beschlossene Änderung der Schulbezirkssatzung für beruflichen Schulen, die in einigen Bereichen die Beschulung in Wetzlar statt in Dillenburg vorsehe. Er bestätigt erheblichen Nachwuchsmangel, sieht jedoch einen Vorrang

ideologischer Ideen vor sachgerechter Entscheidung. Die Kompetenzen von Grundschulern und Schulabgängern würden sich dramatisch verschlechtern, während man Geld in Photovoltaikanlagen investiere. Weitaus mehr Gelder gebe man für die Versorgung minderjähriger unbegleiteter Ausländer aus. Auch bei der illegalen Migration spiele Geld für die Versorgung und Unterbringung der Menschen keine Rolle. In der Containerunterkunft für Migranten in Solms sehe er, anders als dargestellt, keine Infrastrukturinvestition. Die Investition bringe nur den Grundstückseigentümer voran. Er fordert, dass sich der Kreis vor seine Städte und Gemeinden stelle und nicht den Wohnungsmarkt abgrase. Der Kreis solle außerdem keine weiteren Migranten aufnehmen.

Abgeordnete Kunz (SPD) hofft auf die Fortführung der engagierten Arbeit des Kreisausschusses und dankt Landrat Schuster (SPD) sowie dem Hauptamtlichen Kreisbeigeordneten Aurand (SPD) für das Geleistete. In Krisenzeiten sei ein genehmigter Haushalt als Grundlage wichtig, um handlungsfähig zu bleiben. Inzwischen sei die Pandemie ausgelaufen und strukturell anders unterfüttert. Durch Förderungen könne man den öffentlichen Gesundheitsdienst weiter stärken. Nicht in den Haushalt einkalkuliert sei jedoch Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf die Ukraine. Er habe deutlich gemacht, dass Demokratie und Freiheit nicht selbstverständlich seien und verteidigt werden müssten. Mit dem Nachtragshaushalt werde auf die Folgen des Krieges reagiert. Sie nennt Inflation sowie gestiegene Bau- und Energiekosten. Mit steigenden Zahlen Geflüchteter würden auch die Kosten für Unterbringung und Versorgung steigen. Gleichzeitig nehme der Kreis die Chancen der Digitalisierung wahr, wolle aber weiterhin auch analog ansprechbar bleiben. Mit Überarbeitung der Website des Kreises führe man leichte Sprache ein, was vielen Menschen helfe. In Sachen Klimaschutz und Bauen sei der Kreis seit langer Zeit auf einem guten Weg. Bei Sanierungen und Neubauten würden Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz vorgesehen, etwa durch Photovoltaik. Im Bereich Personal lege man ebenfalls nach. Sie freue sich über Tarifierhöhungen, die nicht vollständig einkalkuliert gewesen seien, so dass man nachjustieren müsse. Die Digitalisierung sei in den Schulen angekommen, was dem frühen Breitbandausbau im Kreis zu verdanken sei. Die Digitale Schule Hessen erfordere jedoch Hardware und mehr Personal, damit es Ansprechpersonen für die Software und Schulung von Lehrkräften gebe. Für Schulträgeraufgaben wende der Kreis insgesamt 2.943 € pro Schülerin und Schüler auf. Fast ¾ der Investitionsaufgaben entfielen auf die Schulen. Für Geflüchtete werde durch Digitalisierung, Verminderung von Bürokratie und Vernetzung der Behörden Aufwand verringert. Durch ein Festzelt und eine Leichtbauhalle habe man die geflüchteten Menschen vor Obdachlosigkeit bewahrt bis richtiger Wohnraum geschaffen sei. Sie nennt die Selbstversorgereinrichtung für geflüchtete Menschen in Solms, die mehr Privatsphäre vorsehe. Weitere Modelle würden folgen müssen. Sie fordert, dass die Unterstützung des Bundes vollständig in den Kommunen ankomme. Mit der Senkung der Kreisumlage werde den Städten und Gemeinden Luft verschafft, wofür sie sich bedankt. Als Kreis profitiere man wiederum von einer Anpassung der LWV-Umlage. In Leun schließlich könne durch den Kauf einer Immobilie nicht nur ein verkehrstechnisches Problem gelöst werden, auch eine Gefahrenstelle für Demokratie sei beseitigt worden. Die im Teutonicus illegal aufgetretenen Bands hätten zu Recht auf dem Index gestanden und durch den Abriss werde für Ruhe und Frieden gesorgt.

Stellvertretende Kreistagsvorsitzende Petersen (CDU) übernimmt an dieser Stelle die Sitzungsleitung.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) stellt fest, dass man gut auf die Krisen vorbereitet gewesen sei. Die Wirtschaftsstruktur im Kreis sei stark und die verarbeitende Industrie verzeichne Wachstum. Dieses fördere der Kreis bewusst. Die Haushaltsführung sei solide, wofür er Landrat Schuster (SPD) dankt. Aus hohen Überschüssen seien in den letzten Jahren Rücklagen gebildet worden, von denen man nun in Krisenzeiten profitiere. Er nennt die Corona-Pandemie, die mit massiven wirtschaftlichen Folgen und Folgen für die Abteilung Gesundheit einhergegangen sei. Aufgrund des Russischen Angriffskrieges habe man eine Energiekrise. Als Folge der Krisen verzeichne man einen Schub in der Inflation und Flüchtlingsströme. Dies koste Geld, auch über den Nachtrag. Er nennt Energiepreissteigerungen im ÖPNV und an den Schulen, sowie Kosten für die Einrichtung für

Geflüchtete in Solms Oberbiel. Die Kommunen hätten mit ähnlichen Herausforderungen zu kämpfen. Weil man den Bürger in Krisenzeiten dafür nicht zur Kasse bitten möchte, habe man die Umlagen in großem Umfang gesenkt (-4,1%, rund 18 Mio. €) und das Geld bei den Kommunen belassen. Dies sei auch angesichts des ausgewiesenen Haushaltsverlustes in Höhe von 7,7 Mio. € klug, da man dank sehr guten Wirtschaftens in den letzten Jahren Geld in der Kasse habe. Der Nachtragshaushalt enthalte Kosten für die Unterbringung von Geflüchteten. Der Kreis müsse hier gewaltige Aufgaben schultern. Er sehe die Nöte von Menschen aus unterschiedlichen Teilen der Welt aufgrund verschiedener Krisen. Da die Möglichkeiten begrenzt seien, begrüßt er die Maßnahmen der Bundesregierung auf Reduktion des Zuzuges, insbesondere von Menschen, die keinen Rechtsanspruch hätten, im Land zu bleiben. Man brauche vom Bund Unterstützung, zusätzlich zu den eigenen Maßnahmen, so dass Bundesmittel vollständig weitergegeben werden sollten. In Bezug auf die Kosten für Energie müssten Versäumnisse der „Ära Merkel“ ausgeräumt werden, da man auf billiges russisches Gas gesetzt habe. Hinsichtlich der Kosten für Bildung setze man Zeichen durch Investition in die Infrastruktur des Kreises (72 Mio. €), die zu 2/3 auf Schulen entfielen. Digitalisierung sei wichtig. Er lobt den Kreisausschuss für die gute Umsetzung.

Auf die Frage des **Abgeordneten Bellinghausen (AfD)** ob man nicht dem Grundgesetz folgen müsse (Artikel 16 a) und dennoch die Einwanderung begrenzen dürfe antwortet **Abgeordneter Dr. Büger (FDP)** dass das Grundgesetz keinerlei Obergrenzen hinsichtlich der Zahl festlege oder zulasse. Gleiches gelte für die UN-Konventionen.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) dankt der Verwaltung für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr und Landrat Schuster (SPD) für seinen Einsatz für den Landkreis. Es gehe um das gemeinsame Schiff Lahn-Dill-Kreis und sein demokratisches Wertegerüst. Der Doppelhaushalt sei seinerzeit damit begründet worden, dass man viele Investitionen habe, die auf diese Weise sicherer geplant werden könnten. Angesichts des Haushaltsvollzuges trage diese Begründung nicht. Er bezieht sich auf die Aussage des Vorredners, die gute Haushaltsführung habe zu Überschüssen geführt. Ein Sparen finde in diesem Haushalt jedoch nicht statt. Die Mittel, die ausgegeben würden, stammten von den Gemeinden und dem Land Hessen und nicht vom Kreis. Dem Investitionsplan stimme man aber zu, da die Investitionen der Entwicklung des Landkreises dienten und auch auf eigenen Ideen und Vorschlägen beruhten. Er fragt weiter nach der Zukunftsrichtung des Kreises. Er nennt als Beispiel die Ausländerbehörde. Er erwarte Erklärungen, wie hier Verbesserungen erreicht werden könnten. Menschen aus dem nicht-europäischen Ausland, müssten bis zu 6 Wochen warten, um den Stempel für die Arbeitsgenehmigung zu erhalten, was unbefriedigend für Unternehmen sei. Gleiches gelte für die Zulassungsstelle, die lange Wartezeiten für die Zulassung eines Fahrzeuges habe. Die Verwaltungsmitarbeiterinnen und –mitarbeiter seien fleißig und interessiert, dem Kreis und der Bürgerschaft dienlich zu sein, dennoch funktioniere es an mancher Stelle nicht. Er fragt, warum dies so sei, während es anderer Stelle richtig gut funktioniere. Er nennt als positives Beispiel die Schule in Mittenaar. Was Geflüchtete angehe, werde man sich nicht dafür aussprechen, niemand mehr aufzunehmen, da man gemeinsam mit den Städten und Gemeinden Teil des föderalen Rechtsstaates sei. Es stimme nicht, dass nicht jeder Cent vom Bund weitergeleitet werde. Die dezentrale Aufnahme von Flüchtlingen sei grundsätzlich der richtige Weg. Aktuell könnten die Städte und Gemeinden dies nicht mehr leisten, ebenso wie viele Maßnahmen der Betreuung der Geflüchteten, so dass von diesem Grundsatz abgerückt werden müsse. Man stelle daher einen Antrag auf Bereitstellung von 40 Mio. € für die Schaffung von Aufnahmeeinrichtungen durch den Landkreis. Er fragt weiter nach der Vision des Kreises für den ÖPNV der Zukunft. Im Haushalt sei dazu nichts zu finden. Weiter spricht er das ungelöste Ausbildungsproblem an und fragt, was man für die Ansiedlung von Fachkräften tue. Hierfür sei der Kreis nicht allein zuständig, aber man könne etwas für Standortfaktoren tun, wie z. B. Schwimmbäder. Er spricht sich in dieser Hinsicht für einen Zweckverband aller Kommunen aus. In Bezug auf Digitalisierung müsse der gute Weg in Sachen Breitband weitergegangen werden. Zum Schluss fordert er mehr Haushaltskonsolidierung angesichts der schwierigen Situation.

Abgeordneter Mulch (AfD) beantragt als Geschäftsordnungsantrag (§ 16 GO), vor Eintritt in die Abstimmung eine persönliche Erklärung wegen persönlicher Äußerungen des Abgeordneten Dr. Bürger (FDP) abgeben zu dürfen. **Vorsitzender Volkmann (CDU)** sagt dazu, dass man sich noch nicht am Ende der Haushaltsdebatte befinde. Er werde das Anliegen jedoch vormerken.

Stellvertretender Kreistagsvorsitzender Dworschak (Bgo/Die Grünen) übernimmt an dieser Stelle die Sitzungsleitung.

Abgeordnete Klement „Bgo/Die Grünen“ führt aus, dass vor allen Dingen der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine eine Energie-, Wirtschafts- und Flüchtlingskrise ausgelöst habe. Seit Jahren verzeichne man eine Inflation. Um die dramatische Abhängigkeit vom russischen Gas abzuschwächen, habe der Kreisausschuss unpopuläre Energiesparmaßnahmen beschlossen und den Sportlern in kreiseigenen Hallen während der Sommermonate das kalte Duschen zugemutet. Dies habe 510 Tonnen CO₂ und 95.000 € gespart. Sie spricht sich ausdrücklich dafür aus, dass man diese Maßnahme fortführe. Die Wirtschaft habe sich im vergangenen Jahr als robust erwiesen, worüber sie sich freue. Die hohen Steuereinnahmen führten jetzt dazu, dass sich die Grundlagen für die Kreisumlage um mehr als 33 Mio. € erhöht hätten. Auf die einhergehende Erhöhung der Kreisumlage verzichte man jedoch. Vielmehr senke man den Umlagehebesatz um 4,1 % und trage die Kostensteigerungen allein. Abenteuerlich finde sie den Parkhauswahn in Wetzlar. Die Stellplatzsatzung der Stadt Wetzlar fordere im Vergleich ein Überkontingent an Stellplätzen. Sie sehe beispielsweise einen Stellplatz für zwei Schülerinnen und Schüler vor (Gießen 1:5, Marburg 1:10), was sie für maßlos halte. Sie nennt als Beispiel das Parkhaus an der Theodor-Heuss-Schule, das im Falle einer angepassten Stellplatzsatzung gar nicht benötigt würde, wodurch der Kreis 10 Mio. € sparen könne. Sie kritisiert weiter, dass das Parken für die Schüler- und Lehrerschaft kostenfrei sei und dass Schulgebäude weit vom Bahnhof entfernt liegen würden. Hinzu komme ein unzureichendes Angebot der Stadt Wetzlar zur Schülerbeförderung. Dies alles sei jedoch Voraussetzung für die geplante Verkehrswende. Flüchtlingspolitik finde nur noch als gegenseitige Schuldzuweisung statt. Stattdessen müsse Flüchtlingspolitik so konzipiert sein, dass sie von der Mitte der Verwaltung getragen werde. Die langen Wartezeiten in der Ausländerbehörde hingen mit dem dortigen Personalengpass durch nicht besetzte Stellen zusammen. Es werde dort eine herausfordernde Arbeit geleistet. Größte Herausforderung der Zeit sei der Klimaschutz. Auch in Deutschland würden Menschen infolge des Klimawandels sterben. Es reiche nicht, Klimaziele zu formulieren – man müsse den Weg dahin auch planen und gehen. Sie spricht das vielfach kritisierte Gesetz zum Heizungswechsel an, das man brauche, um weg von den fossilen Energien zu kommen. Es müsse aber sozial gestaltet werden. Zum Schluss dankt sie der Verwaltung, die alles am Laufen halte.

Abgeordneter Ludwig (FWG) ist der Ansicht, dass der Kreistag vielfach Erwartungen wecke, die niemand erfüllen könne, da es sich um Europa-, Bundes- oder Landespolitik handele. Er appelliert daher, sich auf die Dinge zu konzentrieren, für die man zuständig sei und für die man Handlungsoptionen habe. Die Vorstellung der rechten Abgeordneten halte er für menschenverachtend gegenüber den Flüchtlingen. Die Flüchtlinge seien bereits da, so dass man den Verantwortlichen ermöglichen müsse, dass sie mit ihnen vernünftig umgehen könnten. Er lobt die Ausgestaltung des Haushaltes als Doppelhaushalt. Angesichts der Preissteigerungen im Baugewerbe wäre die Verwaltung ohne Doppelhaushalt bei vielen Gewerken später dran gewesen. Er spricht sich dafür aus, die Kreisumlage stabil zu halten. Wenn eine Senkung zu stark ausfalle, werde dies umso höhere Steigerungen in Folgejahren notwendig machen. Ein positiver Effekt für den Haushalt werde wegen der Anpassung der LWV-Umlage erzielt. Dies sei im Wesentlichen auf die Gewerbesteuerzahlung der Firma Biontech zurückzuführen. Das Geld sei dort gut aufgehoben und werde sinnvoll ausgegeben. Zur Ausländerbehörde verweist er auf den Bericht über die dortige, nicht nur personell, schwierige Lage. Er dankt allen an der Haushaltsaufstellung Beteiligten der Verwaltung.

Landrat Schuster (SPD) beschreibt, dass man sich auf vielen Ebenen derzeit am Limit befinde, und nicht in einer Situation geordneter Prozesse. Ursächlich seien nicht nur die Flüchtlinge, sondern auch eine Vielzahl an Gesetzesänderungen, die Anpassungen erforderlich machten (z. B. Umtausch von Führerscheinen). Personelle Anforderungen seien kurzfristig nicht umsetzbar. Die Tariferhöhungen seien notwendig gewesen, da die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch Mehrkosten aufgrund der Inflation hätten. Er gönne ihnen den Tarifabschluss. Mit dem Nachtragshaushalt passe man lediglich die Sachverhalte an, die man in 2021 noch nicht gewusst habe. Grundlegende Diskussionen gehörten für ihn daher in die Haushaltsberatungen über den Doppelhaushalt 2024 / 2025. Zum ÖPNV führt er aus, dass man hierüber keine Positionen im Nachtragshaushalt finde, da dies für den Kreis der VLDW und der Rhein-Main-Verkehrsverbund mache und dazu nur die Umlagen im Haushalt auftauchten. Er verweist im Übrigen auf den beschlossenen Nahverkehrsplan mit einer Taktausweitung. Dass man den Status Quo im ÖPNV trotz Preissteigerungen halten können, halte er für eine große Leistung. Er sieht den Kreis nicht als Treiber der Energiewende an, sondern die 23 Städte und Gemeinden. Dort habe man die notwendigen Flächen für Solarparks und Windkraftanlagen. Man sei dran am Thema Schwimmbäder. Die Frage eines Schwimmbadzweckverbandes gehöre jedoch nicht in die Beratungen über den Nachtragshaushalt. Zunächst müssten die Städte und Gemeinden dies wollen. Zur Fachkräfteanwerbung sagt er, dass man derzeit ein Income-Center aufbaue, soweit dies im Krisenmodus möglich sei.

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand (SPD) trägt vor, dass man die Aufgabe der Flüchtlingsunterbringung seit 30 Jahren allein gestemmt habe. Man habe alles getan, um die dezentrale Unterbringung nach wie vor zu einem Erfolg zu machen. Zurzeit habe man 120 Gemeinschaftsunterkünfte mit einer Belegung von 95%. Am selben Tag seien jedoch statt der angekündigten 48 Menschen 75 gekommen, was große Herausforderungen für das Ankunftszentrum in Heisterberg mit sich bringe. Die beiden Zeltdörfer werde man auflösen, da dies der Vereinbarung mit der Stadt Wetzlar und Haiger entspreche. Die dort lebenden Menschen müssten dann in den Städten und Gemeinden untergebracht werden, ebenso wie die dem Kreis zugewiesenen. Laut Mitteilung des Landes seien in deren Erstaufnahmeeinrichtung in den letzten Tage 588 Menschen aufgenommen worden, während man kommunale Zuweisungen und Weiterleitungen für 609 Menschen durchgeführt habe. Die Platzkapazität liege bei 8.629 und weise 3.398 freie Plätze aus. Er frage sich, wofür Puffer in dieser Größenordnung benötigt würden und appelliert, diese Plätze zunächst aufzufüllen. Weitere 3.000 Plätze müssten geschaffen werden. Für die nächsten Jahre plane man, im Landkreis weitere dezentrale Unterkünfte zu schaffen, die jeweils mit weniger als 200 Menschen belegt würden. Dies wolle man in Verbindung mit den Städten und Gemeinden schaffen, wofür ein halbes Jahr Zeit benötigt werde. Die Bundesmittel müssten daher vollumfänglich an die Kommunen weitergeleitet werden. Er fordert weiter, dass seitens des Bundes die unberechtigte Zuwanderung gestoppt werde und dass die Übernahme der Kosten der Unterkunft zu 100 % erfolge. Die Absenkung auf 67,2 % führe derzeit zu einem Risiko im Nachtragshaushalt von 5 Mio. €.

Kreistagsvorsitzender Volkmann (CDU) übernimmt an dieser Stelle die Sitzungsleitung.

Abgeordneter Irmer (CDU) sieht in der Zuwanderung ein großes Problem. Man müsse deswegen überparteilich ins Gespräch kommen. Er kritisiert, dass durch Zuwanderungsgesetze und Verordnungen zusätzliche Anreize geschaffen würden, herzukommen. Man brauche für diejenigen, die nicht auf Dauer bleiben könnten, größere Gemeinschaftsunterkünfte. Die dezentrale Unterbringung sei der richtige Ansatz für diejenigen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit bleiben könnten, da für sie Integration möglich sei. Größere Einheiten würden auch zur Entlastung der Kommunen führen. Zum Parkhauswahn stellt er ebenfalls in Frage, ob Parkhäuser in diesem Umfang benötigt würden. Was die Theodor-Heuss-Schule angehe, würden die Parkhausparkplätze jedoch benötigt. Hinsichtlich der Turnhalle fordert er eine konkrete Aufstellung, was der Kreis zukünftig an Miete zahlen müsse. Er spricht außerdem die CO₂-Einsparung im Land der Kalt-

Duscher an. Im Vergleich zur CO₂-Mehrbelastung durch das Abschalten von Kernkraftwerken falle diese Einsparung jedoch nicht ins Gewicht. Den Antrag zu den Werkräumen werde man im Geschäftsgang belassen, um ihn für den ordentlichen Haushalt vorzusehen. Gleiches gelte für den Antrag auf Bereitstellung von Mitteln für einen externen Dienstleister für eine Organisationsuntersuchung. Die Anträge zum Ersatzneubau für die Friedrich-Fröbel-Schule und das Schulzentrum Käthe-Kollwitz-Schule ziehe man zurück und werde dies im Rahmen einer AG diskutieren. Zur beantragten Ausstattungsverbesserung für Hausmeister sagt er, dass damit die seitens der Verwaltung festgestellten Defizite beseitigt werden sollten.

Abgeordneter Grüger (SPD) bezieht sich auf den CDU-Antrag Schaffung zentraler Flüchtlingsunterkünfte und fordert, dass gesagt werde, wo das Geld herkomme. Er sehe keine Deckung für die beantragten Mittel in Höhe von 40 Mio. €. Die für den Zweck vorgesehenen Bundesmittel würden durch das Land nicht vollumfänglich weitergegeben, so dass man keine genauen Informationen über den Umfang habe. Erst wenn noch Gelder kämen, könne man über deren Verwendung diskutieren. Er hoffe, dass die Innenministerin mit Ihrem Anliegen, Asylanträge bereits an den EU-Außengrenzen stellen zu können, erfolgreich sein werde. Er hebt die Regelung des Wechsels vom Flüchtlingsstatus in den Einwanderungsstatus in den Arbeitsmarkt positiv hervor.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) widerspricht, dass das Land Hessen 3.000 Plätze leerhalte. Man habe in Hessen 7.829 Erstaufnahmeplätze. Hiervon seien 2.960 Plätze frei. 2.800 dieser Plätze könnten jedoch nicht belegt werden, weil in 6-Bett-Zimmern in denen sich eine 5-köpfige Familie aufhalte, keine 6. Person untergebracht werden dürfe. Hinzu käme ein Entbehnungsfaktor von 25 % und eine Infektionsquote, die eine Zimmerbelegung von nur einer Person erfordere. Die Mittel in Höhe von 40 Mio. € für die Schaffung zentraler Flüchtlingsunterkünften müssten voll finanziert werden. Die Städte und Gemeinden sollten entlastet werden.

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand (SPD) stellt fest, dass man sich in einer Notsituation befinde. Bei ähnlich geltenden Voraussetzungen habe man in den Kreiseinrichtungen eine Belegungsquote von 95 %. Er wiederholt daher seine Bitte, die Kapazitäten in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes zu erhöhen und Zuweisungen bis zum Herbst auszusetzen.

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt zunächst über die einzelnen Anträge zum Investitionshaushalt abstimmen:

1. Landratsantrag vom 09.05.2023 (Fassadensanierung Gebäude C und Grundstückskauf Leun)

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt

3. CDU-Antrag vom 11.05.2023 (Ausstattungsverbesserung Hausmeister)

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich abgelehnt

4. CDU-Antrag vom 11.05.2023 (Ausstattungsverbesserung Werkräume)

Der Antrag verbleibt im Geschäftsgang bis zu den Haushaltsberatungen 2024/2025

5. CDU-Antrag vom 11.05.2023 (Errichtung Parkplätze Gewerbliche und Kaufmännische Schulen Dillenburg)

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich abgelehnt

6. CDU-Antrag vom 11.05.2023 (Schulzentrum Frankfurter Straße Käthe-Kollwitz-Schule)

Der Antrag wurde zurückgezogen

7. CDU-Antrag vom 11.05.2023 (Ersatzneubau Altbau Friedrich-Fröbel-Schule Wetzlar)

Der Antrag wurde zurückgezogen

8. CDU-Antrag vom 11.05.2023 (Mensa / Multifunktionsraum Grundschule Manderbach (Planungskosten))

Aufhebung des Sperrvermerkes

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

9. CDU-Antrag vom 15.05.2023 (Schaffung zentraler Flüchtlingsunterkünfte)

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt im Anschluss über das Investitionsprogramm einschließlich der zuvor beschlossenen Änderungen abstimmen:

Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt

- 1.1 gemäß § 97 Abs. 2, § 98 Abs. 1 und Abs. 2, Nr. 3 in Verbindung § 101 Abs. 3 HGO und § 52 Abs. 1 HKO den als Anlage (Kap. 5.2) dem Haushaltsplan beigefügten Entwurf des Investitionsprogramms des Lahn-Dill-Kreises für den Planungszeitraum 2021 bis 2026 in der vom Kreisausschuss festgestellten Fassung unter Einschluss der vom Kreistag beschlossenen Änderungen,

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich zugestimmt

63 Ja-Stimmen (21 CDU, 19 SPD, 10 B90/Die Grünen, 8 FWG, 4 FDP, 1 fraktionslos)

8 Nein-Stimmen (7 AfD, 1 fraktionslos)

3 Enthaltungen (DIE LINKE)

Schließlich lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über die einzelnen Anträge zum Teilergebnishaushalt abstimmen:

1. Landratsantrag vom 09.05.2023 (siehe Anlage)

Abstimmungsergebnis:

Mehrstimmig zugestimmt

2. CDU-Antrag vom 11.05.2023 (Organisationsuntersuchung)

Der Antrag verbleibt im Geschäftsgang bis zu den Haushaltsberatungen 2024/2025

3. AfD-Antrag vom 15.05.2023 (Streichung der Planstelle Demokratieförderung)

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) führt aus, dass die Präventionsarbeit des Lahn-Dill-Kreises den Anforderungen nicht genüge. Sie agiere sowohl auf dem linken als auch auf dem islamistischen Auge blind und führe einen Kampf ausschließlich gegen rechts. Dies führe zu einer Stigmatisierung andersdenkender Menschen, statt zu einem Erhalt der vermeintlichen Demokratie. Man müsse anerkennen, dass weder Partei, noch Lobby oder ideologische Interessen zählten, sondern die Interessen des Souveräns. Die vorgesehene Dext-Stelle solle daher gestrichen werden. Stattdessen solle die Stelle eines Remigrationsbeauftragten geschaffen werden. Er müsse dafür Sorge tragen, dass die begrenzten Ressourcen nur den Menschen gewährt würden, die wirklich einen Anspruch auf Asyl nach Artikel 16 des Grundgesetzes hätten, und dass Unterbringung und Finanzierung aufrechterhalten würden.

Abgeordneter Böcher (SPD) wirft dem Antragsteller vor, dass lediglich alte und bereits abgelehnte Anträge kopiert worden seien. Er macht deutlich, dass Demokratie bedeute, dass man das Recht habe, Anträgen nicht zuzustimmen. Das Verhalten des Antragstellers belege, dass ihm Meinungsfreiheit nicht viel bedeute.

Landrat Schuster (SPD) informiert, dass ihm seitens des Innenministeriums zwischenzeitlich die Einrichtung einer weiteren Dext-Stelle für den nördlichen Lahn-Dill-Kreis angeboten worden sei.

Abstimmungsergebnis:
Mehrstimmig abgelehnt

4. AfD-Antrag vom 15.05.2023 (Schaffung einer Planstelle Remigrationsbeauftragter)

Abstimmungsergebnis:
Mehrstimmig abgelehnt

Vorsitzender Volkmann (CDU) erteilt dem **Abgeordneten Mulch (AfD)** auf dessen Wunsch das Wort für eine persönliche Erklärung.

Abgeordneten Mulch (AfD) beklagt sich darüber, dass der **Abgeordnete Dr. Büger (FDP)** ihm während der Haushaltsdebatte ein Defizit an Moral vorgeworfen habe. Er habe ihm ganz direkt einen menschenfeindlichen Charakter unterstellt. Er sei ein netter Kerl und lasse das daher nicht auf sich bewenden. Er fährt fort, indem er seinerseits persönliche Vorwürfe an den Abgeordneten Dr. Büger richtet.

Vorsitzender Volkmann (CDU) macht darauf aufmerksam, dass eine persönliche Erklärung der Richtigstellung von Ausführungen in Bezug auf die eigene Person diene. Sie diene nicht der Verbreitung von Vorwürfen über andere. Nachdem der **Abgeordneten Mulch (AfD)** fortfährt und den Abgeordneten Dr. Büger (FDP) als charakterlos bezeichnet, ruft der **Vorsitzende Volkmann (CDU)** ihn für diese Äußerung zur Ordnung. Es gehe bei der persönlichen Erklärung um die Richtigstellung von Tatsachen und nicht um eine persönliche Wutrede. Er fordert den Redner auf, dass missbräuchliche Verwenden des Geschäftsordnungsinstruments der persönlichen Erklärung zu unterlassen.

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt im Anschluss über den Entwurf der Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 mit Haushaltsplan einschließlich der zuvor beschlossenen Änderungen abstimmen:

Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt

- 1.2 gemäß § 98 Abs. 1 HGO in Verbindung mit § 52 Abs. 1 HKO den als Anlage 1 beigefügten Entwurf der Nachtragshaushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2023 mit beiliegendem Haushaltsplan - in der vom Kreisausschuss festgestellten Fassung unter Einschluss der vom Kreistag beschlossenen Änderungen

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich zugestimmt

42 Ja-Stimmen (19 SPD, 10 B90/Die Grünen, 8 FWG, 4 FDP, 1 fraktionslos)

29 Nein-Stimmen (21 CDU, 7 AfD, 1 fraktionslos)

3 Enthaltungen (DIE LINKE)

Zu TOP 8.

Haushaltsführung für das Haushaltsjahr 2022;

Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen im Teilhaushalt der Abteilung 32 Kinder- und Jugendhilfe

VL-87/2023

Abgeordneter Mulch (AfD) bezieht sich auf die Begründung der Vorlage, wonach die Gelder da seien und die Maßnahme unbedingt erforderlich sei. Dass es teurer werde, sei nicht vorhersehbar gewesen. Unabweisbarkeit, Unvorhersehbarkeit und Deckung seien laut Vorlage gegeben. Es sei für ihn jedoch unverständlich, dass in einem Einzelfall für eine Inobhutnahme 100.000 € ausgegeben würden. Da die Ausgaben erheblich seien, hätten sie seiner Meinung nach der vorherigen Zustimmung des Kreistages bedurft.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) verweist auf vorhandene Gesetze, wonach der Lahn-Dill-Kreis Menschen unterzubringen habe. Dadurch entstünden Kosten. Wenn entstehende Kosten durch den Haushalt nicht abgedeckt seien, müssten sie nachveranlagt werden. Da man einen Gesetzesauftrag habe, seien die Aufgaben schließlich zu genehmigen. Die dahinterstehende politische Frage sei im Deutschen Bundestag zu stellen und thematisieren.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über die Vorlage abstimmen:

Beschluss:

Der Leistung überplanmäßiger Aufwendungen im Teilhaushalt der Abteilung 32 Kinder – und Jugendhilfe in Höhe von **1.535.177€** gemäß §100 Abs.1 HGO in Verbindung mit § 52 Abs.1 HKO wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

66 Ja-Stimmen (21 CDU, 19 SPD, 10 B90/Die Grünen, 8 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE, 1 fraktionslos)

8 Nein-Stimmen (7 AfD, 1 fraktionslos)

0 Enthaltungen

Zu TOP 9.

Planungskosten Jung-Stilling-Schule

Antrag der CDU-Fraktion vom 26.09.2022

A-68/2022

Vorsitzender Volkmann (CDU) fragt, ob sich der Antrag mit der Einstellung der Mittel in den Haushalt erledigt habe.

Abgeordneter I. Panten (CDU) bedankt sich beim Ersten Kreisbeigeordneten Esch (FWG) für die Einbringung der Mittel in den Nachtragshaushalt und zieht den Antrag seiner Fraktion zurück, da er sich erledigt habe.

Zu TOP 10.

Beschaffung modularer Wohncontainer als Selbstversorgereinrichtung für Flüchtlinge in Solms;
Inanspruchnahme außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen
VL-38/2023

Vorsitzender Volkmann (CDU) erinnert, dass der Kreistag der Beschaffung der erforderlichen modularen Wohn-Container unter Inanspruchnahme von außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen von bis zu 8,1 Mio. € bereits zugestimmt habe. Es gehe daher lediglich noch um die Frage der Errichtung auf dem Grundstück an der Schleuse 4 in Solms Oberbiel. Zur gemeinsamen Beratung werde ebenfalls der Antrag der CDU-Fraktion zur Unterbringung von Flüchtlingen (A-20/2023) aufgerufen.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) hat Verständnis für die außerordentlich schwierige Diskussion über die die Errichtung einer Selbstversorgereinrichtung in einer Gemeinde. Die Entscheidungen einer Gemeinde müsse letztlich respektiert werden. Dies sei eine Verwaltungsangelegenheit und gehe den Kreistag im Grunde genommen nichts an. Mit dem Fraktionsantrag wolle man eine Diskussion darüber anstoßen, wie man mit der Aufgabe zukünftig umgehen werde. Für einen bestimmten Zeitraum müsse sich der Landkreis von dem Grundsatz der lokalen Unterbringung und Versorgung abkehren. Es gehe nicht nur um die Unterbringung geflüchteter Menschen, sondern auch um deren Integration und Betreuung durch Sozialarbeiter, sowie die Schaffung von Plätzen in Kindertagesstätten und Spezialklassen in Schulen. Dies könnten die Kommunen mit ihrer Verwaltungskraft nicht leisten. Der Kreis müsse stattdessen eintreten, damit Bürgerhäuser freibleiben könnten.

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) ist der Ansicht, dass Zuwanderung hauptsächlich in die Sozialsysteme stattfinde. Durch Integrationsmaßnahmen werde das zeitlich limitierte Asylrecht in eine Dauerbleibe umfunktioniert. Integration sei zudem gescheitert, da viele nicht willig oder fähig seien, integriert zu werden. Dies sei von der jeweiligen Kultur abhängig.

Abgeordneter Hantusch (fraktionslos) ist der Ansicht, dass eine Abstimmung unter den Bürgerinnen und Bürgern von Solms anders ausfallen werde als die Abstimmung im Kreistag. Dem könne nicht Rechnung getragen werden, da es eine verfassungsrechtliche Verpflichtung zur Aufnahme der Menschen gebe. Wenn es nach dem Gesetz gehe, dürften laut Drittstaatenklausel 99,99 % der Asylbewerber überhaupt nicht in Deutschland seien.

Abgeordnete Kunz (SPD) trägt vor, dass sie nicht wolle, dass man Geflüchtete unterbringen müsse, da sie nicht wolle, dass jemand überhaupt flüchten müsse. Stattdessen wolle sie, dass Menschen überall satt, sicher, in Frieden und selbstbestimmt leben könnten. Die Weltgesellschaft werde jedoch heimgesucht von Krieg, Klimawandel und Krankheiten. Dem müssten Menschen entgegengesetzt werden, die Verantwortung übernehmen würden. Solidarität, Zusammenhalt, Rücksichtnahme und Gemeinschaft würden die Gesellschaft nach vorn bringen. Sie bedankt sich beim Hauptamtlichen Kreisbeigeordneten Aurand (SPD) für sein Engagement. Das geforderte Konzept liege bereits vor und werde stets den aktuellen Herausforderungen angepasst. Sie dankt dem Bürgermeister Inderthal der Stadt Solms und den Mitgliedern im Magistrat sowie der Stadtverordnetenversammlung für die erarbeitete Lösung. Turnhallen und DGH könnten auf diese Weise offenbleiben. Sobald es möglich sei, werde man wieder zu kleineren Einheiten zurückkehren.

Abgeordnete G. Esch (FWG) spricht sich ebenfalls dagegen aus, Turnhallen oder Dorfgemeinschaftshäuser zu belegen. Angesichts des Wohnungsmangels gehe man bei der Unterbringung von geflüchteten Menschen nun neue Wege, wie in Solms oder Asslar. Der Einsatz von Wohncontainern sei flexibel und auch die Privatsphäre sei besser gewährleistet als in große Hallen oder Zelten. Die Rückmeldungen der zurzeit in Wohncontainern in Asslar untergebrachten Menschen und der Bevölkerung seien positiv. Betreuung und Integration würden aufgrund der vorhandenen Strukturen gut gelingen. Bei einer Ausweitung auf andere Kommunen müsse eine auskömmliche finanzielle Unterstützung durch Land und Kreis gewährleistet sein. Sie verweist auf die gesetzliche Verpflichtung des Kreises zur Versorgung der ankommenden Menschen mit Wohnraum und fordert ein passgenaues Einwanderungsgesetz.

Abgeordneter Mulch (AfD) sieht die Verantwortung für die Toten im Mittelmeer in den geschaffenen Anreizsystemen.

Abgeordneter Berns (FDP) führt aus, dass sowohl Landrat Schuster (SPD) als auch der Hauptamtliche Kreisbeigeordnete Aurand (SPD) bereits dabei seien, die Lage zu managen. Er sieht es als schwierig an, die sich täglich ändernde Situation in ein starres Konzept zu gießen. Die Situation hinsichtlich der Unterbringung der Menschen sei kritisch, so dass man darüber gemeinsam ins Gespräch kommen und den Kreisausschuss unterstützen müsse. Mit weiteren im Antrag geforderten Punkte stimme er jedoch nicht überein. Eine aktive Zuwanderungspolitik mache beispielsweise der Bund.

Da keine weiteren Wortbeiträge vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über die Vorlage abstimmen:

Beschluss:

Der Kreistag stimmt der Errichtung einer Selbstversorgereinrichtung für Flüchtlinge auf dem Grundstück An der Schleuse 4, 35606 Solms-Oberbiel zu.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

63 Ja-Stimmen (18 CDU, 19 SPD, 10 B90/Die Grünen, 8 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE, 1 fraktionslos)

11 Nein-Stimmen (7 AfD, 1 fraktionslos, 3 CDU)

0 Enthaltungen

Zu TOP 11.

Unterbringung von Flüchtlingen

Antrag der CDU-Fraktion vom 03.03.2023

A-20/2023

Zur Beratung siehe TOP 10!

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, umgehend ein Konzept für die Unterbringung von Flüchtlingen im Lahn-Dill-Kreis in kreiseigenen Einrichtungen, welches auch die Bedürfnisse der Geflüchteten und der Bürgerinnen und Bürger angemessen berücksichtigt, zu erstellen und mit den politischen Gremien zu diskutieren.

Der Kreisausschuss wird ergänzend aufgefordert dazustellen, wie er durch eigene feste oder teilmobile Baulichkeiten (Container) die Inanspruchnahme von den dem weiteren Gemeinwohl dienenden Einrichtungen (Turnhallen/Bürgerhäuser etc.), die Unterbringungslast der Gemeinden, über die Kreisumlage refinanziert, wesentlich übernehmen kann.

Der Kreisausschuss wird aufgefordert darzustellen, welche Maßnahmen er ergriffen hat, die aufgrund der aktiven Zuwanderungspolitik der Bundesregierung künftig weiter erwartbaren steigenden Flüchtlingsaufkommen menschenwürdig unterzubringen.

Der Kreisausschuss wird gebeten darzustellen, wie die Zeiträume der Sachbearbeitung der Kreisausländerbehörde für die Anträge, Erlaubnisse, insbesondere Arbeitserlaubnisse, Anerkennungen etc. so verkürzt werden können, dass ein Großteil der geflüchteten Menschen, also die anerkannten Asylbewerber, schnellstmöglich in den Erwerbsprozess integriert werden.

Der Kreisausschuss wird aufgefordert zu berichten, wie sich zurzeit die Flächen und Raumgewinnungsinitiativen darstellen.

Gleichzeitig wird der Kreisausschuss aufgefordert, im Rahmen seiner Möglichkeiten sämtlich notwendigen Schritte zu unternehmen, um Nicht-Anerkannte Asylbewerber in ihr Heimatland zurückzuführen.

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, die Sorgen und Nöte der Bürgermeisterinnen Bürgermeister im Lahn-Dill-Kreis gegenüber der Bundesregierung zu unterstützen und eine unregelte Zuwanderung, wie von der Bundesinnenministerin bevorzugt, abzulehnen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen

21 Ja-Stimmen (CDU)

53 Nein-Stimmen (19 SPD, 10 B90/Die Grünen, 8 FWG, 7 AfD, 4 FDP, 3 DIE LINKE, 2 fraktionslos)

0 Enthaltungen

Vorsitzender Volkmann (CDU) schließt die Sitzung des Kreistages um 17:30 Uhr und bedankt sich bei den Abgeordneten und Kreisausschussmitgliedern für Ihre Teilnahme.

Wetzlar, 13.06.2023

gez.

Johannes Volkmann
Kreistagsvorsitzender

Birgit Klein
Schriftführerin

1. Teilergebnishaushalte

Antrag Nr. Antragsteller Datum	Produkt (-bereich)	(Produkt-) Bezeichnung	ändert Seite	ändert KVKR-Kontengruppe	Bezeichnung Maßnahme	NT 2023			Erläuterungen/ Inhalt	Beschluss- empfehlungen HFO
						Teilansatz neu €	Teilansatz alt (Entwurf NT KA 15.03.2023) €	Verbesserg./ Verschlechl. (-) €		
1 LR-Antrag 09.05.2023	div.	div.	div.	Gesamtbetrag Erträge		-456.393.106	-456.348.106	45.000	Nähere Erläuterungen siehe Antrag	einstimmig angenommen
				Gesamtbetrag Aufwendungen		463.446.460	464.007.666	561.206		
				Jahresergebnis (Jahresüberschuss(-)/-fehlbetrag)		7.053.354	7.659.560	606.206		
2 CDU 11.05.2023	010105	Personal- und Organisationsmanagement	81		Organisationsuntersuchung	600.000	100.000	-500.000	Beauftragung eines externen Dienstleisters zur Beratung bei der organisatorischen Optimierung der Verwaltungsstrukturen des LDK	Antrag wird im Geschäftsgang belassen (vertagt auf HH 2024/25)

2. Teilfinanzhaushalte/ Investitionsprogramm

Antrag Nr. Antragsteller Datum	Produktgruppe	(Produktgruppen-) Bezeichnung	ändert Seite	ändert Programmpos.	Bezeichnung Maßnahme	NT 2023			Erläuterungen/ Inhalt	Beschluss- empfehlungen HFO
						Ansatz neu €	Teilansatz alt (Entwurf NT KA 15.03.2023) €	Verbesserg./ Verschlechl. (-) €		
1 LR-Antrag 09.05.2023	0101	Verwaltungssteuerung und -service		NEU	Fassadensanierung Geb. C	50.000	0	-50.000	War im ErgHH 23 als Bauunterhaltung aufgeplant. Nach Grundlagenermittlung und Prüfung der Örtlichkeit besteht jedoch Erfordernis einer Komplett-sanierung der Fassade, so dass es sich um eine investive Maßnahme handelt	einstimmig angenommen
	1201	Kreisstraßen		NEU	Grundstückskauf Leun	110.000	0	-110.000	Ankauf der Grundstücke Leun-Stockhausen, Blatt 938, Flur 1, Flurstück 216 und Flurstück 217, Hauptstraße 5, Leun-Stockhausen + Kaufnebenkosten - VL 93/2023	einstimmig angenommen
3 CDU 11.05.2023	0331	Sonstige schulische Einrichtungen		NEU	Ausstattungsverbesserung Hausmeister	250.000	0	-250.000	Erhöhung des Ansatzes Ausstattungsverbesserung zurr Verbesserung der Ausstattungsdefizite im Bereich der Hausmeister Anmerkung Verwaltung: Der Antrag bezieht sich auf den PB03 Schulträgeraufgaben	mehrheitlich abgelehnt
4 CDU 11.05.2023	0331	Sonstige schulische Einrichtungen		NEU	Ausstattungsverbesserung Werkräume	500.000	0	-500.000	Verbesserung der Ausstattung der Werkräume an den Schulen des Lahn-Dill-Kreises	Antrag wird im Geschäftsgang belassen (vertagt auf HH 2024/25)

Tischvorlage zu TOP 3 Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Organisationsausschuss (11.05.2023)

Vorliegende Änderungsanträge zum Nachtragshaushaltentwurf 2023

Stand: 10.05.2023

5 CDU 11.05.2023	0324	Berufliche Schulen		NEU	Errichtung Parkpätze Gewerbliche und Kaufmännische Schulen Dillenburg	150.000	0	-150.000	Planungskosten für die Verbesserung der Parkraumsituation	mehrheitlich abgelehnt
6 CDU 11.05.2023	0324	Berufliche Schulen		0247701	Schulzentrum Frankfurter Straße Käthe-Kollwitz-Schule	0	1.500.000	1.500.000	Streichung der Schulzentrum Frankfurter Straße / Käthe Kollwitz-Schule auf Grund der ungeklärten Standortfrage	Antrag zurückgezogen
7 CDU 11.05.2023	0327	Förderschulen		0278302	Ersatzneubau Altbau Friedrich- Fröbel-Schule Wetzlar	3.000.000	3.000.000	0	Anbringung eines Sperrvermerks für den Ansatz 2023 (Neukonzeption der bisherigen Pläne)	Antrag zurückgezogen
8 CDU 11.05.2023	0321	Grundschulen		0211702	Mensa/Multifunktionsraum Grundschule Manderbach (Planungskosten)	100.000	100.000	0	Aufhebung des Sperrvermerks	Empfehlung HFWO: Aufhebung des Sperrvermerks nicht durch den Bauausschuss, sondern durch den KT

Wolfgang Schuster
Landrat

Lahn-Dill-Kreis | Postfach 19 40 | 35573 Wetzlar

Herrn Kreistagsvorsitzenden
Johannes Volkmann
Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

Datum: 09.05.2023
Aktenz.: 12.0 kb
Telefon: 06441 407-1200
Telefax: 06441 407-1060
Raum-Nr.: D 2.120
E-Mail: landrat@lahn-dill-kreis.de
Standort: Karl-Kellner-Ring 51, 35576 Wetzlar
Sprechzeiten nach Vereinbarung

**Entwurf der Nachtragshaushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2023;
hier: Änderungsantrag des Landrates gem. § 56 Abs. 1 HGO i.V.m. § 32 HKO**

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender,

gem. § 56 Abs. 1 Satz 2 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 32 Satz 2 der Hessischen Landkreisordnung (HKO) beantrage ich, die in der Anlage aufgelisteten Änderungen/Ergänzungen zu dem vom Kreisausschuss am 15.03.2023 festgestellten Entwurf der Nachtragshaushaltssatzung für 2023 mit ihren Anlagen bei der Beschlussfassung über die Nachtragshaushaltssatzung in der Sitzung des Kreistages am 15.05.2023 zu berücksichtigen.

Begründung:

Die in der Anlage verzeichneten Änderungen entsprechen dem zwischenzeitlich gewonnenen Erkenntnisstand. Sie konnten bei der Feststellung des Nachtragshaushaltsentwurfs 2023 noch nicht berücksichtigt werden.

Die Begründung zu den einzelnen Änderungen ist aus der Anlage ersichtlich.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Schuster
Landrat

Anlage

Änderungs- und Ergänzungsliste (Stand: 09.05.2023)

... immer in Bewegung!

Anlage



zum Änderungsantrag des Landrats vom 09.05.2023 zum

Nachtragshaushaltsplan (Entwurf)

(KA-Fassung 15.03.2023)

2023

**Änderungs- und Ergänzungsliste
zum**

Haushaltsjahr 2023

Stand: 09.05.2023

1. Teilergebnishaushalte

Hinweis: Aufgrund der Umstellung auf SAP/4Hana, können die bisher verwendeten "Knoten-PSP" (z.B. 10.02, 10.05, 10.06,10.10.) nicht mehr beplant und bebucht werden, daher müssen div. Verschiebungen von Planansätzen im Ergenishaushalt vorgenommen werden. Es handelt sich dabei um regulär im HH 2023 geplanten Ansätzen, die nur auf andere PSPs verschoben werden, d.h. keine nachtragsrelevanten Änderungen.. Bei einigen Produkten führt dies zu geänderten Ansätzen (ohne das sich inhaltlich etwas an der bisherigen Aufgabenwahrnehmung ändert), die Verschiebungen sind insgesamt ergebnisneutral.

Produkt	ändert Seite (Haushalt)	ändert KVKR-Kontengruppe	Bezeichnung Konto/ Maßnahme	Teilansatz neu €	Teilansatz alt €	Verbesserg./ Verschlechl. (-) €	Erläuterungen	
Erträge								
010108	Immobilienmanagement	168	(3) Kostenersatzleistungen und Erstattungen	Erstattung durch die Stadt Leun	-45.000	0	45.000	Erstattung durch die Stadt Leun (Beteiligung an den Abbruchkosten)
Summe geänderte Aufwendungen				-45.000	0	45.000		

Produkt	ändert Seite (Haushalt)	ändert KVKR-Kontengruppe	Bezeichnung Konto/ Maßnahme	Teilansatz neu €	Teilansatz alt €	Verbesserg./ Verschlechl. (-) €	Erläuterungen	
Aufwendungen								
010103	Presse-, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit	80	(13) Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	Öffentlichkeitsarbeit	48.000	23.000	-25.000	Arbeiten an der Website, Übersetzung der Website in Leichte Sprache
010105	Personal- und Organisationsmanagement	81	(11) Personalaufwendungen	Ausbildungsbudget	262.700	212.700	-50.000	Aufgrund des Fachkräftemangels sind wir gehalten, den Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt adhoc entgegenzuwirken und mehr in die Bereiche Ausbildung, Fort- und Weiterbildung zu investieren und somit auch mehr Ausbildungsplätze anzubieten.
010108	Immobilienmanagement	168	(13) Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	Abbruchkosten	90.000	0	-90.000	Abbruchkosten für das Gebäude „Teutonicus“
050603	Weitere Hilfen und Leistungen	380	(15) Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	Allg. Zuschüsse und Zuweisungen	20.000	0	-20.000	Unterstützung der Tafeln und ähnlicher Einrichtungen
160102	Allgemeine Zuwendungen und Umlagen	128	(16) Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlagen	LWV-Umlage	55.573.008	56.319.214	746.206	Reduzierung des Hebesatzes der LWV-Umlage auf 10,054%. (Beschluss der Verbandsversammlung vom 08.03.2023)
Summe geänderte Aufwendungen				55.993.708	56.554.914	561.206		

2. Teilfinanzhaushalte/ Investitionsprogramm

Produktgruppe	ändert Seite (Haushalt)	ändert Programmpos.	Bezeichnung Maßnahme	Ansatz neu €	Ansatz alt €	Verbesserg./ Verschlechl. (-) €	Erläuterungen
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit							
0101	Verwaltungssteuerung und -service	NEU	Fassadensanierung Geb. C	50.000	0	-50.000	War im ErgHH 23 als Bauunterhaltung auf geplant. Nach Grundlagenermittlung und Prüfung der Örtlichkeit besteht jedoch Erfordernis einer Komplettanierung der Fassade, so dass es sich um eine investive Maßnahme handelt
1201	Kreisstraßen.	NEU	Grundstückskauf Leun	110.000	0	-110.000	Ankauf der Grundstücke Leun-Stockhausen, Blatt 938, Flur 1, Flurstück 216 und Flurstück 217, Hauptstraße 5, Leun-Stockhausen + Kaufnebenkosten - VL 93/2023
Summe geänderte Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				160.000	0	-160.000	

3. Ergebnishaushalt 2023

	Entwurf Nachtrag 2023 NEU €	Entwurf Nachtrag 2023 ALT KA 15.03.2023 €	Verbesserung/ Verschlechterung (-) €
Gesamtbetrag der Erträge	-456.393.106	-456.348.106	45.000
Gesamtbetrag der Aufwendungen	463.446.460	464.007.666	561.206
Jahresergebnis (Jahresüberschuss(-)/-fehlbetrag)	7.053.354	7.659.560	606.206

Finanzhaushalt 2023
Nachtrag

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz 2023		erhöht um	vermindert um
			NEU	2023 ALT KA 15.03.2023		
			€	€	€	€
1	2	3	4	5	6	7
1	810	Privatrechtliche Leistungsentgelte	10.500	10.500		
2	811	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	8.222.929	8.222.929		
3	812	Kostensatzleistungen und -erstattungen	28.457.311	28.412.311	45.000	
4	814	Einzahlungen aus Steuern und steuerähnlichen Erträgen einschließlich Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	212.151.010	212.151.010		
5	815	Einzahlungen aus Transferleistungen	31.378.698	31.378.698		
6	816	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	151.370.694	151.370.694		
7	817	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	1.096.000	1.096.000		
8	813, 828	Sonstige ordentliche Einzahlungen und sonstige außerordentliche Einzahlungen, die sich nicht aus Investitionstätigkeit ergeben	10.041.379	10.041.379		
9		Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nr. 1 bis 8)	442.728.520	442.683.520	45.000	
10	830	Personalauszahlungen	68.777.062	68.777.062	50.000	
11	831	Versorgungsauszahlungen	4.858.707	4.858.707		
12	832	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	72.991.512	72.876.512	115.000	
13	833	Auszahlungen für Transferleistungen	201.517.835	201.517.835		
14	834	Auszahlungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke sowie besondere Finanzauszahlungen	18.736.399	18.716.399	20.000	
15	835	Auszahlungen für Steuern einschließlich Auszahlungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	61.211.010	61.957.216		746.206
16	836	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	7.917.581	7.917.581		
17	837, 848	Sonstige ordentliche Auszahlungen und sonstige außerordentliche Auszahlungen, die sich nicht aus Investitionstätigkeit ergeben	143.114	143.114		
18		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nr. 10 bis 17)	436.153.221	436.714.427		561.206
19		Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit (Saldo aus Nr. 9 und 18)	6.575.300	5.969.094	606.206	
20	820	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen; <i>davon zweckgebundene Einzahlungen für die ordentliche Tilgung von Investitionskrediten</i>	14.289.632 1.329.593	14.289.632 1.329.593		
21	822	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens				
22	823	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens				
23		Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	14.289.632	14.289.632	0	
24	841	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	115.000	5.000	110.000	
25	842	Auszahlungen für Baumaßnahmen	54.512.600	54.462.600	50.000	
26	840,	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und	18.079.713	18.079.713		
27	843, 844	immaterielle Anlagevermögen Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	177.900	177.900		
28		Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 24 bis 27)	72.885.213	72.725.213	160.000	
29		Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus Nr. 23 und 28)	-58.595.581	-58.435.581	160.000	
30		Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf (Summe aus Nr. 19 und 29)	-52.020.281	-52.466.487		446.206
31	826	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	72.148.569	71.988.569	160.000	
32	846	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen sowie an das Sondervermögen Hessenkasse,	39.884.949	39.884.949	0	
33		Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Nr. 31 und 32)	32.263.620	32.103.620	160.000	
34		Änderung des Zahlungsmittelbestandes zum Ende des Haushaltsjahres (Summe aus Nr. 30 und 33)	-19.756.662	-20.362.868		606.206
35		Haushaltsunwirksame Einzahlungen (u.a. fremde Finanzmittel, Rückzahlung von angelegten Kassenmitteln, Aufnahme von Liquiditätskrediten)	0	0	0	
36		Haushaltsunwirksame Auszahlungen (u.a. fremde Finanzmittel, Anlegung von Kassenmitteln, Rückzahlung von Liquiditätskrediten)	0	0	0	
37		Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen (Saldo aus Nr. 35 und Nr. 36)	0	0	0	
38		Geplanter Anfangsbestand/Bestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Haushaltsjahres	63.469.005	63.469.005	0	
39		Geplante Veränderung des Bestandes/Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln (Nr. 34 und 37)	-19.756.662	-20.362.868		606.206
40		Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln/Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres (Summe aus den Summen Nr. 38 und 39)	43.712.343	43.106.137	606.206	

Nachrichtlich (§ 3 Abs. 3 GemHVO):

In den Einzahlungen aus Nr. 31 enthaltener Teilbetrag für Umschuldungen	12.401.295	12.401.295
In den Auszahlungen aus Nr. 32 enthaltener Teilbetrag für Umschuldungen	12.401.295	12.401.295
Zu Nr. 40: Nach § 106 Abs. 1 S. 2 HGO vorzuhaltender Bestand an flüssigen Mitteln ohne Liquiditätskredite	7.052.114	7.052.114

Nachrichtliche Angaben:

Netto-Kreditaufnahme (Investitionen)	HH-Ansatz 2023		erhöht um	vermindert um
	NEU	ALT		
Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit (Zeile 33)	32.263.620	32.103.620	160.000	
+ Eigenbetrag Hessenkasse	6.329.175	6.329.175		
Netto-Kreditaufnahme im Investitionsbereich	38.592.795	38.432.795	160.000	

Einhaltung der Vorgaben nach § 92 Abs. 5 Nr. 2, Abs. 6 Nr. 2 HGO und § 3 Abs. 3 GemHVO	HH-Ansatz 2023		erhöht um	vermindert um
	NEU	ALT		
Zahlungsmittelfluss aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeile 19)	6.575.300	5.969.094	606.206	
- ordentliche Tilgung	-21.154.479	-21.154.479	0	
- Eigenbeitrag Sondervermögen Hessenkasse	-6.329.175	-6.329.175	0	
+ zweckgebundene Einzahlungen für die ordentliche Tilgung von Investitionskrediten (Zeile 20)	1.329.593	1.329.593	0	
Überschuss/-bedarf (-)	-19.578.762	-20.184.968		606.206

5. Nachtragshaushaltssatzung 2023

	Entwurf Nachtrag 2023 NEU €	Entwurf Nachtrag 2023 ALT KA 15.03.2023 €	Erhöht um €	Vermindert um €
§ 1 - Gesamthaushalt				
(1) Ergebnishaushalt				
<u>im ordentlichen Ergebnis</u>				
Gesamtbetrag der Erträge	456.393.106	456.348.106	45.000	
Gesamtbetrag der Aufwendungen	463.446.460	464.007.666		561.206
<u>im außerordentlichen Ergebnis</u>				
Gesamtbetrag der Erträge	0	0		
Gesamtbetrag der Aufwendungen	0	0		
Jahresergebnis (Jahresüberschuss/-fehlbedarf (-))	-7.053.354	-7.659.560		606.206
(2) Finanzhaushalt				
Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	6.575.300	5.969.094	606.206	
Gesamtbetrag der				
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	14.289.632	14.289.632		
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	72.885.213	72.725.213	160.000	
Saldo	-58.595.581	-58.435.581	160.000	
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	72.148.569	71.988.569	160.000	
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	39.884.949	39.884.949		
Saldo	32.263.620	32.103.620	160.000	
Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf (-)	-19.756.662	-20.362.868		606.206
§ 2 - Kreditermächtigung				
Kreditaufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	59.747.274	59.587.274	160.000	
darin enthalten				
für Kredite Hessischer Investitionsfonds	1.959.000	1.959.000		
für Kredite im Rahmen des Kommunalinvestitionsprogrammgesetzes (KIPG)				
Kredite im Rahmen des Digitalpakt Schule	1.638.634	1.638.634		
§ 3 - Verpflichtungsermächtigungen				
Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen	106.867.000	106.867.000		
§ 4 - Liquiditätskredite				
Höchstbetrag der Liquiditätskredite	20.000.000	20.000.000		
§ 5 - Hebesätze				
Hebesatz der Kreisumlage für Stadt Wetzlar	30,43%	30,43%	0,00%	30,43%
Hebesatz der Kreisumlage für Gemeinden ohne Sonderstatutstadt	32,96%	32,96%	0,00%	32,96%
Hebesatz der Schulumlage	15,79%	15,79%	0,00%	15,79%

CDU-Kreistagsfraktion Lahn-Dill, Moritz-Hensoldt-Str. 24, 35576 Wetzlar

2

Herrn
Johannes Volkmann
Kreistagsvorsitzender
Kreishaus, Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

11.05.2023

Haushaltsantrag "Externe Organisationsuntersuchung"

Sehr geehrter Herr Volkmann,

ich bitte Sie, folgenden Änderungsantrag zum Nachtragshaushalt 2023 in die Tagesordnung der Kreistagssitzung am 15.05.2023 aufzunehmen.

Der Kreistag möge beschließen:

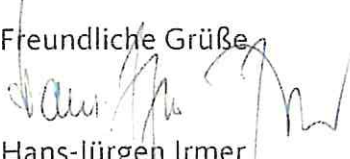
Der Kreissauschuss wird gebeten, 500.000 Euro für einen externen Dienstleister zur Beratung bei der organisatorischen Optimierung der Verwaltungsstrukturen des Lahn-Dill-Kreises einzustellen.

Begründung:

Schon heute sind etwa 100 Planstellen unbesetzt. Gleichzeitig werden derzeit (Stand: 10.05.2023) nur sieben Stellen durch den Lahn-Dill-Kreis ausgeschrieben. Da der Entwurf des Nachtragshaushaltes die Einrichtung von über 36 weiteren Stellen vorsieht, stellt sich die Frage, ob organisatorische Strukturen des Lahn-Dill-Kreises optimiert werden können, um einerseits nur die benötigten Stellen einzurichten, andererseits die zur Verfügung stehenden Stellen besetzen zu können. Eine Organisationsberatung bietet sich zudem an, um weitere Potentiale zur Modernisierung und Effizienzsteigerung der Verwaltung zu ermitteln.

Wir bitten um Zustimmung.

Freundliche Grüße


Hans-Jürgen Irmer
Fraktionsvorsitzender

3

CDU-Kreistagsfraktion Lahn-Dill, Moritz-Hensoldt-Str. 24, 35576 Wetzlar

Herrn
Johannes Volkmann
Kreistagsvorsitzender
Kreishaus, Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

11.05.2023

**Änderungsantrag zum Nachtragshaushaltsplan 2023
Produktnummer 0012001**

Bewegliche Sachanlagen / Vermögen

Sehr geehrter Herr Volkmann,

ich bitte Sie, folgenden Änderungsantrag zum Nachtragshaushalt 2023 in die Tagesordnung der Kreistagssitzung am 15.05.2023 aufzunehmen.

Der Kreistag möge beschließen:

Um die Ausstattungsdefizite im Bereich der Hausmeister abzustellen, sollte der Ansatz für Ausgaben für bewegliche Sachanlagen und Ergänzungsanschaffungen für alle Bereiche pauschal um 250.000 Euro erhöht werden.

Begründung:

Nachdem die Kreisverwaltung auf Antrag der CDU-Kreistagsfraktion erstmals eine sehr informative Zusammenfassung der Ausstattung der Hausmeister vorgelegt hat, um Ausstattungsdefizite zu erkennen, sollte der Ansatz pauschal um 250.000 Euro erhöht werden.

Wir bitten um Zustimmung.

Freundliche Grüße


Hans-Jürgen Irmer
Fraktionsvorsitzender

CDU-Kreistagsfraktion Lahn-Dill, Moritz-Hensoldt-Str. 24, 35576 Wetzlar

4

Herrn
Johannes Volkmann
Kreistagsvorsitzender
Kreishaus, Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

11.05.2023

**Änderungsantrag zum Nachtragshaushaltsplan 2023
Ausstattungsinitiative für Werkräume an Schulen**

Sehr geehrter Herr Volkmann,

ich bitte Sie, folgenden Änderungsantrag zum Nachtragshaushalt 2023 in die Tagesordnung der Kreistagssitzung am 15.05.2023 aufzunehmen.

Der Kreistag möge beschließen:

Für eine flächendeckend gute Ausstattung der Werkräume an Schulen des Lahn-Dill-Kreises im Nachtragshaushalt 2023 soll ein Betrag von 500.000 Euro eingestellt werden.

Begründung:

Nachdem die CDU-Kreistagsfraktion auch für diesen Bereich beantragt hatte, einen Überblick über den Ausstattungsstandard zu erhalten, stellte sich heraus, dass es nicht nur große Unterschiede zwischen den einzelnen, auch weiterführenden Schulen gibt, sondern auch Defizite, die im Sinne einer soliden Ausbildungsmöglichkeit sukzessive beseitigt werden müssen. Deshalb beantragt die CDU-Kreistagsfraktion im Rahmen einer „Ausstattungsinitiative Werkstatträume“ einen Betrag von 500.000 Euro.

Wir bitten um Zustimmung.

Freundliche Grüße



Hans-Jürgen Irmer
Fraktionsvorsitzender

CDU-Kreistagsfraktion Lahn-Dill . Moritz-Hensoldt-Str. 24 . 35576 Wetzlar

5

Herrn
Johannes Volkmann
Kreistagsvorsitzender
Kreishaus, Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

11.05.2023

Änderungsantrag zum Nachtragshaushalt 2023

Sanierung Außenanlagen Kaufmännische Schulen Dillenburg
Produktnummer 0240008

Sehr geehrter Herr Volkmann,

ich bitte Sie, folgenden Änderungsantrag zum Nachtragshaushalt 2023 in die Tagesordnung der Kreistagssitzung am 15.05.2023 aufzunehmen.

Der Kreistag möge beschließen:


Für die Sanierungen der Außenanlagen werden 150.000 Euro Planungskosten zusätzlich eingestellt, um die Parkraumsituation für die 3000 Schüler an den Gewerblichen und Kaufmännischen Schulen entscheidend zu verbessern.

Begründung:

Die Parksituation in dem Bereich der Kaufmännischen und Gewerblichen Schulen in Dillenburg ist unverändert schlecht. Nach Auffassung der CDU-Kreistagsfraktion muss in diesem Bereich dringend eine Lösung gefunden werden. Hierzu ist die Einstellung von Planungskosten in der Höhe von 150.000 Euro zwingend notwendig, um die für alle Beteiligten schlechte Parkplatzsituation schnellstmöglich zu lösen.

Wir bitten um Zustimmung.

Freundliche Grüße


Hans-Jürgen Irmer
Fraktionsvorsitzender

CDU-Kreistagsfraktion Lahn-Dill, Moritz-Hensoldt-Str. 24, 35576 Wetzlar

6

Herrn
Johannes Volkmann
Kreistagsvorsitzender
Kreishaus, Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

11.05.2023

Schulzentrum Frankfurter Straße / Käthe-Kollwitz-Schule
Produktnummer 0247701

Sehr geehrter Herr Volkmann,

ich bitte Sie, folgenden Änderungsantrag zum Nachtragshaushalt 2023 in die Tagesordnung der Kreistagssitzung am 15.05.2023 aufzunehmen.

Der Kreistag möge beschließen:

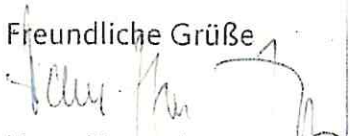
Die im Nachtragshaushaltsplan 2023 für die Käthe-Kollwitz-Schule vorgesehenen 1,5 Millionen Euro werden gestrichen.

Begründung:

Die Standortfrage der Käthe-Kollwitz-Schule ist noch ungeklärt. Die 1,5 Millionen Euro können somit im Jahr 2023 nicht mehr abgerufen werden.

Wir bitten um Zustimmung.

Freundliche Grüße


Hans-Jürgen Irmer
Fraktionsvorsitzender

CDU-Kreistagsfraktion Lahn-Dill, Moritz-Hensoldt-Str. 24, 35576 Wetzlar

7

Herrn
Johannes Volkmann
Kreistagsvorsitzender
Kreishaus, Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

11.05.2023

Änderungsantrag zum Nachtragshaushaltsplan 2023

Sperrvermerk Haushaltsansatz Fröbelschule
Produktnummer 0278302

Sehr geehrter Herr Volkmann,

ich bitte Sie, folgenden Änderungsantrag zum Nachtragshaushalt 2023 in die Tagesordnung der Kreistagsitzung am 15.05.2023 aufzunehmen.

Der Kreistag möge beschließen:

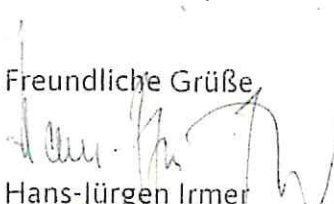
1. Die für dieses Jahr vorgesehenen 3 Millionen Euro werden mit einem Sperrvermerk versehen.
2. Der Kreisausschuss wird aufgefordert, im Rahmen eines Moratoriums mit den Fraktionen eine Neukonzeption der bisherigen Pläne zu erarbeiten.

Begründung:

Da die angedachten Kosten von ursprünglich 8 Millionen, im Nachtragshaushalt auf 18 Millionen angestiegen und in der Bauausschusssitzung am 08.05. durch die Kreisverwaltung ein Gesamtbetrag von 30 Millionen angekündigt wurde, sollte im Rahmen eines Moratoriums ein neues Konzept im Sinne der Fröbelschule erarbeitet werden.

Wir bitten um Zustimmung.

Freundliche Grüße


Hans-Jürgen Irmer
Fraktionsvorsitzender

CDU-Kreistagsfraktion Lahn-Dill, Moritz-Hensoldt-Str. 24, 35576 Wetzlar

8

Herrn
Johannes Volkmann
Kreistagsvorsitzender
Kreishaus, Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

11.05.2023

**Mensa/Multifunktionsraum Grundschule Manderbach
Produktnummer 0211702**

Sehr geehrter Herr Volkmann,

ich bitte Sie, folgenden Änderungsantrag zum Nachtragshaushalt 2023 in die Tagesordnung der Kreistagssitzung am 15.05.2023 aufzunehmen.

Der Kreistag möge beschließen:

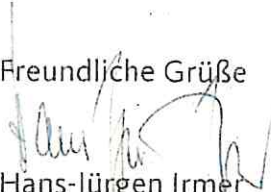
Der Sperrvermerk über 100.000 Euro für die Planungskosten Grundschule Merkenbach wird aufgehoben.

Begründung:

Die Planung für die Grundschule Manderbach muss nun erstellt werden und sollte zusammen mit Mensa und dem Multifunktionsraum erfolgen. Für die bereits im Haushaltsplan vorgehalten Mittel muss der Sperrvermerk aufgehoben werden, damit zeitnah begonnen werden kann.

Wir bitten um Zustimmung.

Freundliche Grüße


Hans-Jürgen Irmer
Fraktionsvorsitzender

Herrn
Johannes Volkmann
Kreistagsvorsitzender
Kreishaus, Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

Änderungsantrag zum Nachtragshaushalt 2023

Schaffung zentraler Flüchtlingsunterkünfte

Sehr geehrter Herr Volkmann,

ich bitte Sie, folgenden Änderungsantrag zum Nachtragshaushalt 2023 in die Tagesordnung der Kreistagssitzung am 15.05.2023 aufzunehmen.

Der Kreistag möge beschließen:

Im Haushalt des Lahn-Dill-Kreises werden unter Berücksichtigung möglicher durch Förderungen Dritter bereitstehende Haushaltspositionen 40 Mio. € unter dem Titel „Schaffung zentraler Flüchtlingsunterkünfte“ eingestellt.

Begründung:

Bisher hat der Lahn-Dill-Kreis sich entschlossen, dezentrale Wohnungsstellen für Flüchtlinge zu schaffen. Unter Berücksichtigung eines normalen Flüchtlingsanfalls als auch der damit verbundenen Integrationsmöglichkeiten der Städte und Gemeinden sowie der Bereitschaft der Städte und Gemeinden, dieser Aufgabe grundsätzlich nachzukommen, war dies der von sämtlichen Fraktionen im Kreistag unterstützte Weg.

Nunmehr hat sich eine Situation ergeben, aus der ableitbar ist, dass die Städte und Gemeinden allein der Aufgabe nicht mehr gerecht werden können, ohne die im Vorsatz bezeichneten Zielsetzungen auch nur annäherungsweise erfüllen zu können. Der Wohnungsmarkt ist nahezu leer gefegt. Darüber hinaus ist die Verwaltungskraft der Gemeinden aufgrund zahlreicher Aufgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingshilfe teilweise überspannt. Auch die Bereitschaft der Menschen an Lahn und Dill, sich hier, wie in der Vergangenheit geschehen, hervorragend zu engagieren, stößt an ihre natürlichen Grenzen. Dies ist alles bedauerlich aber in Anbetracht der nach wie vor durch die Bundesrepublik Deutschland und die Bundesregierung erfolgende Nichtregelung des Flüchtlingszuzuges offenkundig auch nicht zu ändern. Insoweit wird von dem Prinzip der wohnortnahen Unterbringung und Betreuung mindestens für einen mittelfristigen Zeitraum abzuweichen sein, da die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland zumindest in den nächsten 2 ½ Jahren nicht beabsichtigt, hier wesentliche Änderungen vorzunehmen (siehe Ausführungen Bundesinnenministerin Faeser zur Begrenzung von Flüchtlingen).

Seite 2

Unter Berücksichtigung der sich aus dem Föderalprinzip ergebenden Aufgaben der Städte und Gemeinden wird deshalb nunmehr der Lahn-Dill-Kreis unmittelbar für entsprechende Einrichtungen Sorge tragen müssen. Dies ist hessenweit nicht untypisch, da ein Großteil der Landkreise diese Aufgaben bisher genau so regelte. Für die Städte und Gemeinden würde dies bedeuten, dass der Lahn-Dill-Kreis auch die entsprechenden Betreuungsaufwendungen, Sicherungsmaßnahmen etc. unmittelbar selbst veranlassen kann. Dies führt zu einer Verwaltungs- und Umsetzungsvereinfachung. Der hier angesetzte Haushaltsbetrag ist geeignet, mindestens einmal eine größere Einrichtung zu errichten und zu betreiben. Dies sollte mittelfristig konzipiert werden bis zu einer Dauer von fünf Jahren. Unter Berücksichtigung der im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Bundeskanzler erzielten Teileinigung einer weiteren finanziellen Zuwendung des Bundes in Höhe von 1 Mrd. € für alle Länder ist zumindest eine Teilrefinanzierung zu erwarten.

Freundliche Grüße



Hans-Jürgen Irmer
Fraktionsvorsitzender

AfD-Fraktion im Kreistag des Lahn-Dill-Kreises
Lothar Mulch
Obertorstr. 26
35578 Wetzlar



AfD-Kreistagsfraktion Lahn-Dill-Kreis

Lothar Mulch-Obertorstr. 26- 35578 Wetzlar
Vorsitzender des Kreistages Lahn-Dill-Kreis
Herr Johannes Volkmann
Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

12.05.2023

**Änderungsantrag der AfD-Fraktion zum Nachtragshaushalt 2023
Streichung der Planstelle Demokratieförderung und phänomenübergreifende
Extremismusprävention
Fachbereich 5 Produktgruppe 050603 Teilprodukt 05.06.03.09**

Sehr geehrter Herr Volkmann,

wir bitten Sie, den folgenden Änderungsantrag zum Stellenplan des Nachtragshaushaltes 2023 der AfD-Fraktion auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung am 15.05.2023 zu setzen.

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, die im Rahmen des Programmes „Hessen-aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ eingerichtete sogenannte DEXT-Stelle aus dem Stellenplan zu streichen.

Begründung:

Unstrittig sind Prävention und Demokratieförderung in einer Zeit, in der demokratische Wahlen von Exekutivorganen ohne weiteres rückgängig gemacht werden, wichtiger denn je. Die Präventionsarbeit des Lahn-Dill-Kreises genügt den Anforderungen jedoch nicht.

Die Arbeit der gemeinsam mit der Stadt Wetzlar eingerichteten DEXT-Fachstelle ist politisch einseitig und unausgewogen.

Die finanziellen Ressourcen sind begrenzt. Das Steuergeld, das für die eingerichtete Stelle aufgewendet wird, kann in anderen Bereichen zielführender eingesetzt werden. Somit dient die Streichung der Stelle auch dazu, die Mehrbelastung durch die im Stellenplan des Nachtragshaushaltes ausgewiesenen zusätzlichen 36 Stellen abzufedern. Damit schaffen wir zumindest eine Kompensationsmaßnahme im Stellenplan, deren Fehlen der Landrat in seiner Haushaltsrede so sehr bedauerte.

Wir bitten um Zustimmung

Lothar Mulch (Vorsitzender der AfD-Fraktion im Kreistag Lahn-Dill)

AfD-Fraktion im Kreistag des Lahn-Dill-Kreises
Lothar Mulch
Obertorstr.26
35578 Wetzlar



AfD-Kreistagsfraktion Lahn-Dill-Kreis

Lothar Mulch-Obertorstr.26-35578 Wetzlar
Büro der Kreisorgane
Herr Kreistagsvorsitzender Johannes Volkmann
Karl-Kellner- Ring 51
35576 Wetzlar

12.05.2023

**Änderungsantrag der AfD-Fraktion zum Nachtragshaushalt 2023
Schaffung einer Planstelle Remigrationsbeauftragter
Fachbereich 3 Organisationseinheit 41.4 Abtl. Zuwanderung und Integration**

Sehr geehrter Herr Volkmann,

wir bitten Sie, den folgenden Änderungsantrag der AfD-Fraktion zum Haushalt auf die Tagesordnung der Kreistagssitzung am 15.05.2023 zu setzen.

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, im neuen Stellenplan in der Organisationseinheit 41.4 Zuwanderung und Integration zusätzlich die Stelle eines Remigrationsbeauftragten (1VZÄ EG 9A) vorzusehen und zum 01.09.2023 zu besetzen.

Begründung:

Im Zuge der Migrationsbewegungen der letzten Jahre sind Menschen nach Deutschland gekommen, die ein Recht darauf haben, dauerhaft in Deutschland zu bleiben. Für die gewünschte Integration dieser Menschen in unsere Gesellschaft verwenden wir die begrenzt zur Verfügung stehenden Ressourcen.

Eine sehr große Anzahl der Migranten hat Deutschland zeitnah wieder zu verlassen. Diese Menschen sind zur Ausreise verpflichtet. Dabei unterstützt der Remigrationsbeauftragte des Lahn-Dill-Kreises die zuständigen Behörden bei der Abschiebung zur Ausreise verpflichteter Ausländer. Er berät die Menschen bei der freiwilligen Ausreise im Vorfeld einer drohenden Zwangsabschiebung.

Darüber hinaus berät er zur Ausreise verpflichtete Ausländer, die lediglich geduldet sind, sowie diejenigen mit einem Aufenthaltstitel, die dauerhaft in ihre Heimatländer zurückkehren wollen.

Mit freundlichem Gruß

Lothar Mulch (Vorsitzender der AfD-Fraktion Kreistag)